

Pressedienst Nr. 16453
Donnerstag, 26. Jänner 2023

EU billigt geplantes Tierwohllabel für Schweinefleisch in Deutschland	1
Lula will Verhandlungen über Mercosur wieder aufnehmen	1
Steiermark: 2.600 Junghennen wegen Geflügelpest gekeult	2
Wintertagung zu Obst-, Gemüse- und Gartenbau: Lebensmittelkette muss kooperieren	3
Bäuerliche OÖ Jugendorganisationen fordern ambitioniertere Herkunftskennzeichnung	4
Bio-Fuchs für innovativen Klimaschutz vergeben	5

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



EU billigt geplantes Tierwohllabel für Schweinefleisch in Deutschland

Ausländische Mitbewerber dürfen nicht benachteiligt werden

Brüssel/Berlin, 26. Jänner 2023 (aiz.info). - Grünes Licht kommt von der Europäischen Kommission für die vom deutschen Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir geplante Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch. Die EU-Kommission habe das Vorhaben "grundsätzlich geprüft" und keine Bedenken geäußert, heißt es aus dem deutschen Bundeslandwirtschaftsministerium.

Der Gesetzesentwurf sieht ein bundesweit einheitliches und verpflichtendes Tierwohllabel zunächst nur für Schweinefleisch vor. Ausgenommen sind die Ferkel- und Sauenhaltung sowie der Transport. Auch Schweinefleisch in verarbeiteten Lebensmitteln sowie in der Gastronomie wird zunächst nicht erfasst.

An dem Gesetzesentwurf gibt es jedoch viel Kritik. Derzeit wird er im deutschen Bundestag beraten. "Wesentliche Änderungen" im parlamentarischen Verfahren könnten eine neue Prüfung in Brüssel erforderlich machen, erklärte das Ministerium laut Dow Jones News. Die EU-Kommission muss das Gesetz genehmigen. Es würde gegen EU-Recht verstoßen, wenn dadurch ausländische Fleischproduzenten auf dem deutschen Markt benachteiligt würden. Das Bundeslandwirtschaftsministerium verweist darauf, dass ausländische Hersteller ihre Produkte freiwillig entsprechend dem deutschen Gesetz kennzeichnen können und ihnen daher kein Nachteil entstehe. (Schluss)

Lula will Verhandlungen über Mercosur wieder aufnehmen

Deutschland stellt Bedingungen

Montevideo/Berlin, 26. Jänner 2023 (aiz.info). - Der brasilianische Präsident **Luiz Inácio Lula da Silva** will das Freihandelsabkommen zwischen dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur und der Europäischen Union voranbringen. "Das Abkommen mit der EU ist dringend notwendig", sagte Lula in einer Pressekonferenz mit seinem uruguayischen Kollegen Luis Lacalle Pou in Uruguays Hauptstadt Montevideo laut APA. Uruguay hatte bereits im Alleingang ein Handelsabkommen mit China geplant. Lula bat Uruguay vorerst an Mercosur festzuhalten und dann gemeinsame Verhandlungen des Mercosur mit China aufzunehmen.

Auch die deutsche Regierung setzt sich für eine Ratifizierung ein, unter der Bedingung für einen "überprüfbaren, verbindlichen Schutz von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechten und mit einer durchsetzbaren Zusatzvereinbarung, um die grüne Lunge der Erde zu erhalten", sagte die deutsche Wirtschaftsstaatssekretärin **Franziska Brantner**, die am Wochenende gemeinsam mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz nach Brasilien, Argentinien und Chile reist.

Dass die EU und die Mercosur-Staaten bei dem Handelsabkommen in den vergangenen Jahren nicht vorangekommen seien, habe nicht zuletzt an der "massiven und unkontrollierten Entwaldung" vor allem im Amazonasgebiet unter dem "rechtsextremen" Präsidenten Jair Bolsonaro gelegen, so

Brantner. Den Regierungswechsel unter dem demokratischen Präsidenten Lula sieht Deutschland als Chance. "Dafür brauchen wir ein klares Commitment der Mercosur-Staaten, dass der Handel mit der EU nicht zulasten des Regenwaldes, der Natur und der Menschen vor Ort geht. Wir werden aber auch unseren Beitrag dazu leisten, dass dies auch finanziell möglich ist", so Brantner.

Neben umwelt- und sozialpolitischen Bedenken fürchtet der EU-Agrarsektor vor allem einen deutlichen Anstieg der Rindfleischimporte und damit zusätzlichen Marktdruck. Österreich ist bislang entschieden gegen ein Mercosur-Abkommen aufgetreten. (Schluss)

Steiermark: 2.600 Junghennen wegen Geflügelpest gekeult

Schutz- und Überwachungszonen wurden eingerichtet

Graz, 26. Jänner 2023 (aiz.info). - In einem Junghennenbetrieb im Bezirk Leibnitz (Steiermark) ist die Geflügelpest aufgetreten. Nach dem Nachweis des aviären Influenzavirus vom Typ A H5N1 in verendeten Tieren durch die AGES, mussten die rund 2.600 Junghennen des betroffenen Betriebes getötet werden. Das bäuerliche Anwesen liegt in einer Region, die als Gebiet mit stark erhöhtem Geflügelpestrisiko ausgewiesen ist. Die zuständigen Behörden in der Steiermark haben daraufhin eine Schutzzone im Umkreis von 3 km und eine Überwachungszonen im Umkreis von 10 km um den betroffenen Bestand festgelegt. Die getroffenen Maßnahmen können in der Überwachungszonen frühestens 30 Tage und in der Schutzzone frühestens 21 Tage nach der Reinigung und Desinfektion des Ausbruchsbetriebs aufgehoben werden.

Laut dem Land Steiermark befinden sich in der Schutzzone insgesamt 94 Betriebe mit zirka 24.431 Stück Geflügel und in der Überwachungszonen 581 Betriebe mit rund 60.018 Stück Geflügel. Sämtliche Betriebe der Schutzzone und 10% der Betriebe in der Überwachungszonen müssen in den nächsten Wochen amtstierärztlich kontrolliert werden, wird betont. Zusätzlich müssen bis zur Aufhebung der Zonen alle dort befindlichen Geflügelhalter ihre Tiere im Stall halten und dürfen kein Geflügel von außerhalb der Zonen einstellen. Weiters sind strenge Biosicherheitsmaßnahmen zu beachten, wie etwa Kleidungs- und Schuhwechsel vor dem Betreten des Stalls. Verdächtige Krankheitserscheinungen wie vermehrte tote Tiere oder ein starker Legeleistungsverlust müssen umgehend dem Veterinärreferat der örtlich zuständigen Bezirkshauptmannschaft gemeldet werden. Die Geflügelpest ist eine Tierseuche, eine Gefährdung durch den Genuss von Eiern oder Geflügelfleisch besteht aber nicht, betont das Land Steiermark.

Angesichts des großen Vogelgrippeisikos in ganz Österreich appelliert der zuständige Landesrat **Hans Seitinger**, verstärkt auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen zu achten und auch tot aufgefundene Wasser- und Greifvögel unverzüglich dem örtlich zuständigen Amtstierarzt zu melden. (Schluss)

Wintertagung zu Obst-, Gemüse- und Gartenbau: Lebensmittelkette muss kooperieren

Preissteigerungen erfordern kontinuierliche partnerschaftliche Abstimmung

Wien, 26. Jänner 2023 (aiz.info). - Am Fachtag Obst-, Gemüse- und Gartenbau der Wintertagung 2023 des Ökosozialen Forums Österreich & Europa diskutierten die Expertinnen und Experten über Entwicklungen, Trends und Innovationen in der Branche. Sie betonen, dass alle Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette mit Kostensteigerungen bei Energie, Personal u.a. zu kämpfen haben, weshalb nicht alle die Mehrkosten direkt weitergeben können. Es braucht vielmehr eine kontinuierliche Abstimmung über die Kette hinweg, damit Lebensmittel für die Konsumentinnen und Konsumenten leistbar bleiben und die Unternehmen wirtschaftlich überleben können. Um mehr Bewusstsein für die Qualität und den Wert heimischer Lebensmittel zu schaffen, muss deren Mehrwert besser und stärker vermittelt werden.

Pernkopf: Obst-, Gemüse- und Gartenbaubetriebe wirtschaften lassen

"Seit 2019 steigt die Zahl hungernder Menschen weltweit wieder an. Europa muss daher seine Verantwortung wahrnehmen und seine Lebensmittel selbst produzieren", so der Präsident des Ökosozialen Forums Österreich & Europa, **Stephan Pernkopf**. "Ich lehne daher neue Regelungen aus Brüssel ab, die eine Verringerung der Produktion zum Ziel haben, denn die Bäuerinnen und Bauern können den Lebensmittelbedarf decken - wir müssen sie nur lassen. Und ich appelliere an alle, zu heimischen Lebensmitteln zu greifen, denn sie haben den geringsten CO2-Fußabdruck und unsere regionalen Betriebe sichern unsere Versorgung, schaffen Arbeitsplätze und halten die Wertschöpfung im Land."

Dietrich-Hübner: Kunden wollen Bio und leistbare Lebensmittel

"Die Bio-Landwirtschaft wurde lange als Nische gesehen, aber man darf sie heute nicht mehr marginalisieren: In den letzten zehn Jahren hat sich der Umsatz verdoppelt und die Mengen stiegen um 12,9%. Den Kundinnen und Kunden in Österreich ist das Bio-Segment wichtig", so **Tanja Dietrich-Hübner**, Vorstandsvorsitzende von Blühendes Österreich und Leiterin des Bereichs Nachhaltigkeit bei der Rewe International AG. Sie verweist zudem auf ein verändertes Kundenverhalten durch die Corona-Pandemie. Die Konsumenten hätten in dieser Zeit vermehrt zu frischen Lebensmitteln gegriffen. Durch die Inflation sei der Preis jedoch wieder in den Vordergrund gerückt.

Diskussion: Herausforderungen als Partner entlang der Kette lösen

Manfred Kohlfürst, Präsident des Bundesobstbauverbands, betont: "Der Obstbau in Österreich hat die Herausforderungen der letzten Jahre gemeistert. Dazu zählen Frost und Witterungsverwirrungen sowie hohe Energie-, Lohn- und Sozialkosten. Es braucht für die heimische Produktion aber künftig mehr vom Kuchen, denn wir erfüllen hohe Standards und die Konsumenten müssen bereit sein, dafür auch mehr zu bezahlen. Wenn wir nicht umdenken und es schaffen, dass Nachhaltigkeit wichtig ist und dadurch ein höheres Preisbewusstsein erreichen, dann werden wir die Wende nicht schaffen." Dazu seien auch gute Partnerschaften mit dem Lebensmitteleinzelhandel nötig.

Josef Peck, Vorstand der LGV Sonnengemüse, sieht zwar ebenfalls den Handel gefordert, aber auch eigene Hausaufgaben, die erledigt werden müssen: "Die Energiekosten sind enorm gestiegen, daher müssen wir Wege finden, die Produktionskosten so niedrig wie möglich zu halten und mit Aufschlägen nicht zu übertreiben. Das gilt für den Handel aber ebenso. Wir haben eine Delle durch die steigenden Kosten, die wir gemeinsam lösen müssen." Aufgrund der hohen Nachfrage nach Bio- und regionalen Produkten blickt er positiv in die Zukunft. Aber: "Wir müssen unsere Produkte so 'aufladen', dass sie nachgefragt werden. Wenn wir besser produzieren als andere Länder und die Menschen das auch wissen, wählen sie unsere Produkte."

Dietrich-Hübner betont, dass die Preissteigerungen "in der gesamten Wertschöpfungskette eine Herausforderung sind und die Konsumenten aufgrund der Inflation weniger Geld zur Verfügung haben. Da wird es eine Balance entlang der Kette brauchen, über die wir uns immer wieder neu einigen müssen. Es braucht eine Versorgungssicherheit aus Österreich."

Betriebe kämpfen mit Preissteigerungen

Christian Zeiler von der Zeiler Gemüsevertrieb GmbH stellt klar, dass die "Veränderungen am Energiemarkt, bei den Betriebsmitteln und in der Logistik zu Mehrkosten geführt haben, die der Handel nicht decken wollte. Daher haben wir seit 15 Jahren erstmals nicht über den Winter produziert." Zeiler appelliert für ein Zusammenrücken, um die österreichische Produktion wieder zu stärken. "Preisdumping über Eigenmarken und Billigimporte sind eine Entwicklung, die nicht gesund ist und die in Österreich keinem entlang der Kette hilft. Denn wir können aufgrund der hohen Standards sowie der Qualität, die uns von anderen Ländern unterscheiden, kaum billiger produzieren. Für die aktuellen Herausforderungen braucht es gemeinsame Lösungen."

Lukas Gach von der Direktion Raumwirtschaft der Bundesanstalt Statistik Austria streicht hervor, dass Krisen immer Betriebsschließungen nach sich ziehen - vor allem in der Landwirtschaft. **Franz Sinabell**, Forschungsbereichsordinator für Umwelt, Landwirtschaft und Energie am WIFO, sieht Österreich dennoch als resilientesten Agrarsektor, da der Strukturwandel im Vergleich zu anderen Ländern besser gebremst werden konnte: "Das ist möglich, weil die Bevölkerung wächst, es Nachfrage vor der Haustür gibt und die Betriebe Innovationen aufgreifen und sich weiterentwickeln. Das System Österreich funktioniert."

Detaillierte Informationen zur Wintertagung 2023 sowie die Mediathek stehen unter oekosozial.at zur Verfügung. (Schluss)

Bäuerliche OÖ Jugendorganisationen fordern ambitioniertere Herkunftskennzeichnung

Alle Branchen miteinschließen

Linz, 26. Jänner 2023 (aiz.info). - Den bäuerlichen Jugendorganisationen in Oberösterreich "OÖ Jungbauernschaft", "Jungzüchter des FiHs - Fleckviehzuchtverband Inn- und Hausruckviertel", "Junge Veredler" und "Jungzüchter des RZO - Rinderzuchtverband und Erzeugergemeinschaft OÖ" geht die in Österreich geplante Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel in der Gemeinschaftsverpflegung nicht weit genug. "In einer Zeit, wo wir alle mit extremen Teuerungen zu

kämpfen haben, ist es für uns angehende Hofübernehmer extrem wichtig, endlich eine Herkunftskennzeichnung über alle Branchen hinweg zu bekommen", erklärt **Alexander Hörmandinger**, Obmann von Jungzüchter FiH.

Auch wenn ab Mitte 2023 die verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Fleisch, Milch und Eiern in der Gemeinschaftsverpflegung gelten soll und ein Großteil der Außer-Haus verzehrten Speisen dadurch abgedeckt wird, ist aus Sicht der Jugendorganisationen die mögliche Auslobung nach "EU" oder "Nicht-EU" problematisch. Denn so sei immer noch nicht klar, ob das Schnitzel zum Beispiel aus Österreich oder aus den Niederlanden kommt. In dem Verordnungsentwurf ist vorgesehen, dass Großküchen die Auslobung nach "EU" oder "Nicht-EU" oder "Herkunftsland" bzw. "Region" durchführen können. "Wir fordern eine verpflichtende Angabe des Nationalstaats aus dem das Lebensmittel stammt. In der Schweiz ist die Lebensmittelkennzeichnung mittels Herkunftsland vorgeschrieben. Dieses System würde den Vorstellungen der Jungen Veredler entsprechen", so **Simon Kneißl**, Obmann "Junge Veredler".

"Konsumentinnen und Konsumenten haben ein Anrecht darauf zu erfahren, woher die Lebensmittel auf ihren Tellern kommen. Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf erreichen wir Bewusstsein und sensibilisieren für dieses wichtige Thema. Langfristig gesehen, braucht es eine Herkunftskennzeichnung auch bei verarbeiteten Lebensmitteln und in der Gastronomie", unterstreicht **Christian Lang**, Obmann OÖ Jungbauernschaft

Nach wie vor ist die Gastronomie von einer möglichen verpflichtenden Herkunftskennzeichnung ausgenommen. Mit gezielten Aktionen sollten die Gastronomiebetriebe zu einer freiwilligen Kennzeichnung motiviert werden, schlagen die OÖ bäuerlichen Jugendorganisationen vor. Dies führe zu mehr Achtsamkeit bei Konsumenten wie auch bei Wirten, so die einhellige Meinung. (Schluss)

Bio-Fuchs für innovativen Klimaschutz vergeben

Gewinner ist ein Bio-Hof in Kärnten

Wien, 26. Jänner 2023 (aiz.info). - Bereits zum 14. Mal wurde der Innovationspreis Bio Austria-Fuchs für außergewöhnliche Projekte und Ideen in der Biolandwirtschaft vergeben. Diesmal stand der Preis ganz im Zeichen des Klimaschutzes. Als Gewinner ging Reinhard Stückler aus St. Margarethen im Lavanttal in Kärnten hervor, der auf seinem Bio-Milchviehbetrieb Klimaschutz bei jeder betrieblichen Entscheidung mitdenkt. Den zweiten Platz sicherten sich Ingrid und Martin Eckerstorfer aus St. Martin im Mühlkreis (OÖ) mit ihrer Direktvermarktung von hofeigenen tierischen und pflanzlichen Produkten. Der Betrieb punktete in der Kategorie "Klimafit über das Hoftor hinaus" mit kurzen Transportwegen sowie einer regionalen Wertschöpfungskette. Auf den dritten Platz gewählt wurden Johann Schauer und Ella Augusteyns aus Natterbach (OÖ). Sie hatten sich in der Kategorie "Klimaschutz auf den Flächen" beworben und mit ihren Bemühungen zur Renaturierung des gesamten Betriebes die Jury überzeugt.

Den ausgezeichneten Betrieben winken Preise im Wert von 600, 500 bzw. 400 Euro. Diese werden gemeinsam mit einer Gewinnertrophäe von Bio Austria-Obfrau Gertraud Grabmann zeitnah persönlich auf den jeweiligen Höfen übergeben.

Aus den zahlreichen Einreichungen wählte eine Jury für die Prämierung aus jeder Kategorie zwei Sieger aus. Diese schafften den Sprung ins Online-Voting, wo die Reihung der Projekte erfolgte. Über 1.000 vergebene Stimmen zeugen vom großen Interesse am Bio Fuchs-Wettbewerb beim Publikum, betont Bio Austria. (Schluss)